

E-01 Ja zu Europa, Mut zur Veränderung - Europas Zukunft gemeinsam gestalten

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 26.09.2016
Tagesordnungspunkt: E Zukunft Europa

1 Zusammenhalt oder Nationalismus - das ist die Frage, vor der Europa heute steht. Das Brexit-
2 Votum war ein massiver Rückschritt, ein Etappensieg des Nationalismus über die europäische
3 Vision. Nicht nur in Großbritannien erleben wir einen Aufstieg rechtspopulistischer
4 Bewegungen und Parteien, die die europäische Idee komplett infrage stellen oder „Brüssel“
5 als Sündenbock für nationale Versäumnisse missbrauchen. Zudem lässt mangelnde Solidarität
6 unter den Mitgliedsstaaten Zweifel wachsen, ob die EU imstande ist, die großen
7 Herausforderungen unserer Zeit zu meistern.

8 Für uns ist die Antwort klar: Wir sind und bleiben überzeugte Europäerinnen und Europäer.
9 Nur gemeinsam und europäisch können wir unsere Lebensgrundlagen schützen, die Globalisierung
10 gestalten und Frieden sichern. Grüne Kernanliegen, wie den Kampf gegen Klimawandel und
11 Armut, gegen Fluchtursachen und Terrorismus, den Kampf für Steuergerechtigkeit und
12 ökologisch-soziales Wirtschaften sowie für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
13 Menschenrechte, können wir am besten gemeinsam angehen. Nur so haben wir als Europäer*innen
14 international eine hörbare Stimme, nur so können wir unserer globalen Verantwortung gerecht
15 werden.

16 Europa hat in den vergangenen 70 Jahren Großartiges geleistet: Die EU ist ein Garant für den
17 Frieden zwischen den europäischen Ländern. Aus einst verfeindeten Staaten wurden Freunde und
18 Partner. Wir können grenzenlos reisen, ohne den Pass vorzuzeigen oder Geld umzutauschen. Wir
19 lernen, lieben, studieren und arbeiten in Paris oder London, Warschau oder Madrid. Die
20 gemeinsamen Regeln im Binnenmarkt schützen uns vielfach vor sozialem und ökologischem
21 Dumping.

22 Aber wir erkennen auch, dass die Europäische Union an Handlungsfähigkeit hinzugewinnen und
23 Vertrauen von Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen muss. Europa scheint für viele Menschen
24 weit weg von ihren täglichen Sorgen. Das Misstrauen ist groß. Auch wenn die europäische
25 Integration viel zu Wohlstand in Europa beigetragen hat, vertiefen doch mangelnde
26 Solidarität und falsche Politik in den Mitgliedsstaaten die soziale Spaltung innerhalb der
27 EU. Europa und die Mitgliedstaaten scheinen nicht in der Lage, die dramatischen
28 Arbeitslosenzahlen in Ländern wie Spanien, Griechenland oder Italien entgegenzuwirken und
29 mit den notwendigen Investitionen die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Bei großen Aufgaben
30 wie der Flüchtlings- oder Klimapolitik können sich die Mitgliedsstaaten nur auf kleinste
31 Schritte einigen. Viele politische Akteure lassen sich von nationalen Egoismen oder
32 Partikularinteressen leiten, statt an gemeinsamen Lösungen zu arbeiten.

33 Mit diesem Status-Quo geben wir uns nicht zufrieden. Die EU muss zeigen, dass sie den
34 politischen Herausforderungen, für die wir sie so dringend brauchen, auch gewachsen ist.
35 Dafür muss in der Europäischen Union einiges anders laufen: Sie muss demokratischer,
36 sozialer und ökologischer werden. Rechtspopulisten und Nationalisten wollen das gemeinsame
37 Haus Europa abreißen. Wir Grüne wollen es verteidigen und besser machen. Wir wollen dieses
38 einzigartige Miteinander, diese Union stärken und mit Mut zur Veränderung um unsere
39 europäische Zukunft kämpfen.

40 Für eine Stärkung der europäischen Demokratie

41 Wir wollen mehr Demokratie und Mitbestimmung in Europa. Selbstverständlich ist die EU
42 demokratisch legitimiert. Aber zu oft wird europäische Demokratie einseitig über das Handeln
43 nationaler Regierungen legitimiert anstatt über das Europäische Parlament und die nationalen
44 Parlamente. Das wollen wir ändern.

45 Wir wollen, dass das Europäische Parlament als einzige direkt gewählte EU-Institution der
46 zentrale Ort aller europäischen Entscheidungen wird. Dazu muss es das Recht erhalten, eigene
47 Gesetzesvorschläge einzubringen. Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion sollte das
48 Europäische Parlament gleichberechtigt zu Rat oder Eurogruppe mitentscheiden. Außerdem
49 sollte, wie bei einem konstruktiven Misstrauensvotum, eine Mehrheit der Abgeordneten die
50 Europäische Kommission und ihren bzw. ihre Präsident*in abwählen können. Die nationalen
51 Parlamente wollen wir durch vertraglich zugesicherte Informationsrechte stärken, damit das
52 Handeln der eigenen Regierung in Brüssel stärker beeinflusst und kontrolliert werden kann.
53 Dort, wo nationale Parlamente Kompetenzen abgeben, muss das Europäische Parlament an
54 Kompetenzen gewinnen.

55 Wir setzen uns ein für eine europäische Demokratie, in der jeder Europäer und jede
56 Europäerin Einfluss nehmen, politisch mitwirken und Entscheidungen mitgestalten kann.
57 Deshalb wollen wir unnötig hohe Hürden bei demokratischen Beteiligungsinstrumenten wie der
58 Europäischen Bürgerinitiative abbauen. Perspektivisch ist unser Ziel, dass alle
59 Unionsbürger*innen in den Mitgliedstaaten, in denen sie leben, die vollen bürgerlichen
60 Rechte genießen.

61 Ein Schlüssel zur Stärkung der europäischen Demokratie ist mehr Transparenz. Der Rat sollte
62 grundsätzlich öffentlich tagen und seine vorbereitenden Gremien transparent machen. Außerdem
63 wollen wir auf allen Ebenen der politischen Entscheidungsfindung verbindliche Lobbyregister,
64 striktere Karenzzeiten und einen „legislativen Fußabdruck“, durch den die Einflussnahme
65 Dritter auf EU-Gesetzgebung – sei es gegenüber nationalen oder europäischen Abgeordneten,
66 Kommissions- oder nationalen Beamten oder Regierungsmitgliedern – überprüfbarer wird. Um die
67 Handelnden in der EU noch sichtbarer zu machen, sollten die Parteien weiterhin mit
68 europäischen Spitzenkandidat*innen für das Amt der/des EU-Kommissionspräsident*in zur
69 Europawahl antreten.

70 Für eine sozialere und gerechtere EU

71 Wir sind überzeugt, dass Europa nur zusammenhält, wenn auch die Gesellschaften in Europa
72 zusammenhalten. Deswegen setzen wir uns auf europäischer Ebene wie in den Mitgliedstaaten
73 für einen Politikwechsel hin zu einer sozialeren Politik ein. Gegen die tiefe soziale Krise
74 in Teilen Europas wollen wir angehen mit Maßnahmen für soziale Teilhabe und mehr
75 Gerechtigkeit in der EU.

76 Für uns gehört die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ins Zentrum europäischer Politik.
77 Wir wollen vor allem für die junge Generation eine Perspektive schaffen. Ansonsten verliert
78 das Versprechen der EU auf Wohlstand und soziale Teilhabe für alle massiv an
79 Glaubwürdigkeit. Um Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken sind nennenswerte Investitionen
80 notwendig – und zwar dort, wo die Probleme am größten sind. Wir wollen deshalb massiv in die
81 soziale und ökologische Modernisierung der europäischen Wirtschaft investieren, mit Hilfe
82 eines neuen Zukunftsfonds im EU-Haushalt. Durch einen europäischen Steuerpakt finanziert,
83 soll er europäisch koordinierte und finanzierte Zukunftsinvestitionen möglich machen. Zudem
84 wollen wir diskutieren, wie im Rahmen des EU-Haushalts eine Fiskalkapazität der Währung und
85 Wirtschaftsunion ausgestaltet sein könnte, die stärker als bisher gemeinsame Investitionen
86 voranbringt, auf konjunkturelle Schocks reagiert und strukturelle Reformen fördert. Sie
87 sollte der Kontrolle des Europäischen Parlaments unterliegen, keinen Mitgliedsstaat
88 kategorisch ausschließen und an klare politische Zielsetzungen geknüpft sein.

89 Besonders in strukturschwachen, ländlichen Regionen, in denen sich Menschen zunehmend als
90 abgehängt von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung sehen, muss und kann die
91 EU positiv erkennbar werden. Gegen das Stadt-Land-Gefälle wollen wir durch besseren Einsatz
92 der Strukturfonds und der Mittel für ländliche Entwicklung angehen.

93 Weitere zentrale Schritte für ein sozialeres Europa sind für uns: Solidarisch finanzierte
94 Transfers in gemeinsame Projekte für den sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen
95 Zusammenhalt in der EU; weitere, verbindliche Ziele in der Sozialpolitik; und eine stärkere
96 Koordinierung sowie Mindeststandards im Bereich der sozialen Sicherung und des
97 Arbeitsmarkts. Die Freizügigkeit von Arbeitnehmer*innen wollen wir besser sozial absichern.
98 Bisher hat die europäische Ebene im sozialen Bereich allerdings wenig Kompetenz. Bei der
99 Überwindung sozialer Ungleichheit ist also maßgeblich die nationale Politik gefordert.

100 Die EU muss auch für mehr Steuergerechtigkeit sorgen, indem sie Steuervermeidung und -
101 hinterziehung stärker bekämpft. Wir begrüßen die Bestrebungen der EU-Kommission
102 Steuerschlupflöcher im Falle von Großkonzernen, wie Apple, Google oder Starbucks, zu
103 schließen. Es ist nicht hinnehmbar, dass diese auf Gewinne nur minimal Steuern zahlen.
104 Völlig unverständlich ist es, dass die Regierungen von Irland oder Luxemburg sich weigern,
105 die EU in diesen Bemühungen zu unterstützen, sondern auf ihren unfairen Steuermodellen
106 bestehen. So wird der Solidargedanke der EU durch nationalstaatliche Egoismen unterminiert.

107 Die letzten Jahre der tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise haben gezeigt, dass die EU noch
108 nicht ausreichend handlungsfähig und krisenfest ist. Das muss sich ändern. Mit der
109 Bankenunion, dem Euro-Rettungsschirm und dem EU-Investitionsfonds wurden schon Schritte in
110 die richtige Richtung unternommen. Aber die EU muss ihre Institutionen, Strukturen und
111 Instrumente reformieren oder weiterentwickeln.

112 Um die Folgen der Krise zu bewältigen, braucht es einen vernünftigen Dreiklang aus
113 Zukunftsinvestitionen, Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung. Wir wollen
114 wirtschaftliche Ungleichgewichte in der EU abbauen und die wirtschaftspolitische Steuerung
115 stärken. Zum Abbau exzessiver Schulden setzen wir auf verbindliche europäische Regeln und
116 die Einrichtung eines Altschuldentilgungsfonds mit europäischen Anleihen. Außerdem sollte
117 der Europäische Stabilitätsmechanismus zu einem Europäischen Währungsfonds ausgebaut werden.

118 In der Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden viele Fehler gemacht - von
119 nationalen Regierungen, der Troika und der Euro-Gruppe. Einer dieser Fehler war die
120 einäugige europäische Austeritätspolitik. Diese Kaputtsparpolitik ist gescheitert. Zu wenig
121 wurde getan, um neben notwendigen Reformen und Sparmaßnahmen auch positive
122 Wachstumsimpulse
123 zu setzen. Auch wenn sich die wirtschaftliche Lage in einigen Krisenländern langsam
124 verbessert haben mag, ist doch unübersehbar, dass davon bei breiten Teilen der Bevölkerung
125 noch zu wenig angekommen ist.

125 Unser Green New Deal für Europas Zukunft

126 Wir Grüne kämpfen für ein besseres Morgen in einer gerechten und lebenswerten Welt – für
127 alle Menschen, überall. Wir wollen Volkswirtschaften, die jetzt und künftig den Menschen
128 dienen, Wohlstand und Chancen gerechter verteilen und die ökologischen Grenzen unseres
129 gemeinsamen Planeten achten. Damit die EU angemessen dazu beiträgt, braucht sie einen Green
130 New Deal, der ökonomische, ökologische und soziale Probleme gleichermaßen in Angriff nimmt.
131 Gerade hier schlummern große Chancen für eine nachhaltige und wirtschaftliche Belebung in
132 Europa, die bislang kaum genutzt werden.

133 Wir kämpfen für eine europäische Klima- und Energieunion mit ambitionierten Zielen bei
134 Erneuerbaren Energien, Emissionsminderung und Energieeinsparung sowie für hohe

135 Umweltstandards als Innovationstreiber. Die EU ist ihrer Verantwortung zur Umsetzung des
136 Pariser Klimaabkommens bisher nicht gerecht geworden. Da wollen wir Druck machen. Bei
137 Schieneninfrastruktur, schnellem Internet sowie Bildung und Forschung muss deutlich mehr
138 investiert werden. Nur auf Basis von Wissenschaft und Forschung wird es gelingen, die
139 Innovationen zu entwickeln, die Europa für die ökologische Modernisierung und den sozialen
140 Wandel braucht.

141 Dafür ist auch eine europäische Industriestrategie notwendig, die auf Ressourcen- und
142 Energieeffizienz, Digitalisierung, neue Produktionstechnologien und Kreislaufwirtschaft
143 setzt. Mit einem aktiven „CO2-Divestment“ auch in den öffentlichen Finanzen muss für
144 Umschichtung gesorgt werden – weg von der Finanzierung der Zerstörung unseres Planeten, hin
145 zu einer umwelt- und klimafreundlicheren Wirtschaft. Um zu verhindern, dass einige Länder
146 hier einen notwendigen Fortschritt blockieren, wäre dieser Bereich für eine verstärkte
147 Zusammenarbeit besonders gut geeignet.

148 In der Agrar- und Ernährungspolitik verfolgen wir das Ziel einer konsequenten
149 Neuausrichtung, die den europäischen Zielen in der Klima-, Umwelt-, Verbraucher- und
150 Entwicklungspolitik entspricht und die Potentiale und Perspektiven ländlicher Räume
151 nachhaltig gestaltet und fördert. Bereits jetzt machen zahlreiche regional verankerte,
152 bäuerlich-ökologisch, tier- und umweltfreundlich wirtschaftende Betriebe vor, dass eine
153 andere Landwirtschaft möglich ist. Doch es mangelt an den notwendigen Investitionen in eine
154 entsprechende Agrarforschung sowie an den nötigen Weichenstellungen für eine ökologisch-
155 soziale Agrarwende.

156 Und wir wollen einen europäischen Digitalpakt, der auf eine soziale und ethisch verträgliche
157 Automatisierung und Digitalisierung setzt und die Stärken der europäischen IT-Wirtschaft –
158 etwa bei sicheren, datenschutzfreundlichen und offenen Technikstandards – besonders fördert.
159 Dazu gehört auch, der Marktmacht der großen Digitalkonzernen wie Facebook, Google und Amazon
160 faire Wettbewerbsregeln entgegenzusetzen – und die Einhaltung entsprechend sicherzustellen.

161 Für all diese wichtigen Investitionen wollen wir die EU mit stabilen und ausreichenden
162 Eigenmitteln ausstatten, die mehr Transparenz und demokratische Kontrolle im EU-Budget
163 zulassen, aktuelle Rabattregelungen für einzelne Länder ablösen und zugleich ökologische
164 Lenkungswirkungen zur Erreichung der Klimaziele entfalten. Auch müssen die Mitgliedsländer
165 dafür sorgen, dass den öffentlichen Haushalten nicht mehr so viele Gelder durch aggressive
166 Steuervermeidungsstrategien insbesondere von international agierenden Konzernen verloren
167 gehen. Den Weg der EU-Kommission, hiergegen per Beihilferecht anzukämpfen, ist richtig. Er
168 zeigt, was die EU zu leisten vermag.

169 Die EU muss auch zur Gestaltung eines ökologischen, sozialen und gerechten Welthandels
170 beitragen. Nur fairer ist freier Handel. Doch die bisherige europäische Handelspolitik geht
171 in eine andere Richtung. Mit TTIP, TISA und Co. drohen ökologische, soziale und
172 demokratische Standards unter die Räder zu kommen, während Privilegien für einige
173 Großkonzerne gestärkt werden. Das gilt auch für den vorliegenden CETA-Vertrag. Daran ändern
174 auch nachträgliche Protokollerklärungen nichts. Deshalb lehnen wir CETA ab und setzen
175 unseren Kampf gegen TTIP und TISA auf Basis der beschlossenen Verhandlungsmandate fort.

176 Für eine solidarische und humane EU-Asylpolitik

177 Europa muss neue und bessere Wege finden, gemeinsame Herausforderungen auch gemeinsam zu
178 lösen. Das zeigt sich derzeit besonders bei der Frage, wie wir mit den Menschen umgehen, die
179 vor Terror und Krieg fliehen. Für uns Grüne ist der Bau neuer Grenzzäune alles andere als
180 eine Lösung – mit Blick auf die geflüchteten Menschen wie mit Blick auf die offenen Grenzen
181 innerhalb des Schengenraums, von denen wir alle profitieren. Stattdessen fordern wir endlich

182 eine gemeinsame solidarische und humane EU-Asylpolitik, die die Rechte der Schutzsuchenden
183 in den Mittelpunkt stellt. Damit es in diese Richtung wieder positive Bewegung gibt, wird
184 eine Gruppe von Mitgliedsstaaten vorangehen müssen.

185 Wir wollen nicht, dass Flüchtlinge ihr Leben riskieren müssen, um bei uns Schutz zu finden.
186 Deshalb möchten wir legale und sichere Zugangswege für Flüchtlinge nach Europa schaffen.
187 Statt auf die Illusion einer Abschottung der EU zu setzen, treten wir ein für ein
188 Grenzregime, das den gemeinsamen Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat, Rechtssicherheit
189 garantiert sowie das Vertrauen in das Schengensystem stärkt. Die Praxis, die Verantwortung
190 für die gemeinsamen Außengrenzen der EU auf die Länder am Rand der EU abzuschieben, lehnen
191 wir ab. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung – für Freiheit und Sicherheit in der EU
192 ebenso wie für den Schutz der Flüchtlinge, die über das Mittelmeer zu uns kommen. Wir wollen
193 gezielte Familienzusammenführungen erleichtern, das Resettlement stärken und mehr
194 Kapazitäten für eine gemeinsame Seenotrettung einsetzen. Europa muss dem tausendfachen
195 Sterben von Flüchtlingen im Mittelmeer ein Ende setzen.

196 Im Fokus muss eine gerechte und dauerhafte Verteilung der geflüchteten Menschen stehen, an
197 der sich nach und nach alle Mitgliedstaaten solidarisch beteiligen. Bei der Verteilung
198 geflüchteter Menschen sollten die Anknüpfungspunkte von Asylsuchenden, wie zum Beispiel
199 Sprachkenntnisse oder familiäre Bindungen, berücksichtigt werden. Dies wirkt sich positiv
200 auf deren Integrationschancen aus, die wir durch den Aufbau einer Integrationsstruktur in
201 den EU-Mitgliedstaaten unterstützen wollen. Anerkannte Flüchtlinge sollten nach einer
202 Übergangszeit innerhalb der Union freizügigkeitsberechtigt nach denselben Regelungen wie
203 Unionsbürger*innen werden. Perspektivisch brauchen wir ein einheitliches Asylverfahren nach
204 gemeinsamen Regelungen, die die flüchtlingsrechtlichen Vorgaben des Völkerrechts umfassend
205 verwirklichen und die Menschenrechte der Schutzsuchenden zu größtmöglicher Entfaltung
206 bringen.

207 Als größtes Aufnahme- und Transitland aus dem syrischen Kriegsgebiet ist die Türkei für
208 Europa wichtiger Ansprechpartner in der Flüchtlingspolitik. Deshalb steht die EU in der
209 Pflicht, mit der Türkei und anderen Ländern in der Region zusammenzuarbeiten, um die Lage
210 von Millionen Flüchtlingen zu verbessern. Das Abkommen mit der Türkei lehnen wir in seiner
211 heutigen Form allerdings ab. Es verschiebt die humanitäre Verantwortung der EU-
212 Mitgliedstaaten nach Griechenland und in eine immer autokratischer regierte Türkei und führt
213 zu unmenschlichen Zuständen für die Geflüchteten. Weitere Abkommen, wie sie derzeit mit
214 Ägypten und gegebenenfalls anderen Staaten im Gespräch sind, in denen Menschen- und
215 Flüchtlingsrechte nicht gewahrt werden, sind mit einer humanitären und modernen Flüchtlings-
216 und Asylpolitik nicht vereinbar.

217 Angesichts der globalen Flüchtlingsherausforderungen muss der Schutz von Menschen, die in
218 Ländern außerhalb der EU Zuflucht finden, stärker in den Fokus einer gemeinsamen
219 europäischen Antwort rücken. Die EU darf sich der Verantwortung nicht entziehen, den
220 Flüchtlingen vor Ort zu helfen und rasch Perspektiven zu schaffen. Für die Bekämpfung der
221 Fluchtursachen muss die EU auch durch gute Entwicklungszusammenarbeit sowie sensible und
222 kohärente Politik ihren Beitrag zu einer gerechteren und nachhaltigen Welt leisten. Dabei
223 sollten alle EU-Mitgliedsländer ihre Strategien untereinander harmonisieren und das Ziel,
224 0,7% des Haushaltes für Entwicklung zu investieren, erfüllen und vor allem die EU-
225 Außenwirtschaftspolitik entsprechend zu reformieren.

226 Sicherheit und Freiheit grenzüberschreitend stärken

227 Um die Sicherheit der Bürger*innen in der EU zu erhöhen, braucht es eine stärkere
228 Europäisierung in diesem Bereich. Die EU-Mitgliedstaaten sind gefordert, besser zu
229 kooperieren sowie mehr Geld und mehr Personal für sinnvolle Ermittlungsarbeit

230 bereitzustellen. Dafür sollten vorhandene Strukturen genutzt und wichtige Informationen über
231 Verdächtige zwischen den Behörden rechtzeitig und vollständig weitergeben werden. Polizei,
232 Sicherheitsbehörden und Geheimdienste müssen grenzüberschreitend enger zusammenarbeiten.
233 Dafür brauchen sie klare rechtstaatliche EU-Rahmenbedingungen, gemeinsame Standards für
234 Grundrechte und parlamentarische Kontrolle, und in konkreten Fällen auch zusätzliche Mittel
235 sowie eine bessere Ausstattung. So sollten zum Beispiel gemeinsame Ermittlungsteams bei
236 Europol und Eurojust, insbesondere auch im Bereich der Terrorismusbekämpfung, gestärkt
237 werden. Maßnahmen, die jedoch die Freiheit der Bürger*innen einschränken, indem ein
238 anlasslos agierender Überwachungsapparat ausgebaut wird oder die gefährliche
239 Pauschalverknüpfung sämtlicher Datensammlungen vorangetrieben wird, lehnen wir ab.

240 Die EU basiert auf Werten, die universell sind: Achtung der Menschenwürde, Demokratie,
241 individuelle Freiheit, Menschenrechte, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit. Sie muss sich an
242 ihren eigenen Anspruch, ihren Zielen und Werten messen lassen. Wenn um den Zusammenhalt der
243 Union willen über die Aushöhlung des Rechtsstaats in Polen oder die staatlich organisierte
244 Diskriminierung von Flüchtlingen in Ungarn hinweg gesehen wird, dann gefährdet dies das
245 Fundament der Europäischen Union. Daher ist es so wichtig, gegenüber Regierungen der
246 Mitgliedstaaten, die die Freiheit ihrer Bürger*innen beschränken, klare Kritik zu üben, ohne
247 dabei die Verbundenheit mit ihren Bürger*innen infrage zu stellen. Die EU darf nicht
248 wegsehen, wenn einzelne Regierungen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ihrem Land
249 schwächen wollen. Mitgliedsstaaten, die das europäische Wertegerüst bewusst torpedieren,
250 dürfen damit nicht durchkommen. Deshalb ist der vorhandene Rechtsstaatsmechanismus ein erster
251 Schritt, um über Misstände in einen Dialog mit Regierungen zu treten. Er muss aber dringend
252 zu einem wirksamen europäischen Instrument ausgebaut werden, durch das auch die
253 Rechtsstaatlichkeit aller Mitgliedsländer regelmäßig überprüft wird.

254 Die europäischen Werte nehmen Schaden in einer Debatte, in der nationale Egoismen schwerer
255 wiegen als das gemeinsame europäische Interesse. Zudem haben die Krisen auch bestehende
256 Ressentiments angeheizt. Wir sehen, wie nationalistische Populisten die aktuellen Krisen
257 nutzen, um mit scheinbar einfachen nationalen Lösungen zu punkten. Dabei nehmen sie sehenden
258 Auges in Kauf, die wirtschaftlichen Vorteile und sozialen Chancen Europas zu zerstören.
259 National wie europäisch treten wir daher den Anti-Europäern und Rechtspopulisten entschieden
260 entgegen. Denn für uns ist Fakt: Europa ist kein Kampf von Nationen. Es geht um mehr als
261 wirtschaftliche Vorteile, die Verteilung von Geld und das Aushandeln nationaler Rabatte.
262 Europa bedeutet heute mehr denn je für 500 Millionen Menschen Freiheit und Hoffnung auf ein
263 besseres Leben.

264 Eine gemeinsame Außenpolitik

265 Wenn die EU mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mehr Verantwortung
266 übernimmt, können wir die Welt gerechter gestalten und friedlicher machen. Deshalb braucht
267 die EU eine langfristige außenpolitische Strategie. Wir betonen Menschenrechtsschutz,
268 Schutzverantwortung, zivile Krisenprävention, Bekämpfung von Fluchtursachen, Stärkung des
269 Internationalen Strafgerichtshofs sowie multilaterale Kooperation insbesondere auch im
270 Rahmen der Vereinten Nationen. Dazu gehört auch eine verantwortungsvolle Reaktion auf
271 humanitäre Krisen und Gewaltkonflikte. Das kann jedoch nur funktionieren, wenn die EU mehr
272 und mehr mit einer Stimme in der Außen- und Sicherheitspolitik spricht. Wir begrüßen daher,
273 dass die EU an gemeinsamen außenpolitischen Strategien arbeitet. Auch hier schaden nationale
274 Egoismen und verspielen das Kapital, dass sich aus der Zusammenarbeit ergibt.

275 Europa kann nicht darauf verzichten, bei der äußeren Sicherheit besser zusammenzuarbeiten,
276 um vor allem in unserer südlichen und östlichen Nachbarschaft unserer Verantwortung gerecht
277 zu werden. Dabei geht es um die besser koordinierte Nutzung bestehender Fähigkeiten, ohne

278 dabei die Rechte und die Kontrolle durch das Parlament zu beschneiden oder auszuhöhlen. Eine
279 Verpflichtung der EU-Staaten auf die zwar gebetsmühlenartig wiederholte, aber trotzdem
280 unrealistische Forderung nach einer Erhöhung der Militärbudgets auf 2% des BIP lehnen wir
281 ab. Wir wollen Fähigkeiten bündeln statt die Verschwendung öffentlicher Gelder bei der
282 Rüstung fortzusetzen. Kapazitäten und Fähigkeiten zur Förderung von Frieden, Menschenrechten
283 und Rechtsstaatlichkeit wollen wir ausbauen.

284 Wir Grüne wollen Europa zusammenhalten

285 Wir Grüne wollten, dass Großbritannien Mitglied in der EU bleibt. Wir bedauern zutiefst,
286 dass sich die Mehrheit für einen EU-Austritt entschieden hat, aber wir akzeptieren diese
287 Entscheidung. Ein für alle Seiten fairer Austrittsprozess muss nun zügig folgen, denn
288 weitere Unsicherheit beschädigt das Vertrauen in Europa. Für überzeugte Europäer*innen wird
289 es nun vornehmlich darum gehen, den Zusammenhalt der EU zu bewahren und zu stärken.

290 Die drängendsten Fragen über die Verfasstheit der EU müssen zeitnah gelöst werden. Deshalb
291 müssen wir uns grundsätzlich der Frage stellen, wieviel unterschiedliche Formen und
292 Geschwindigkeiten der Zusammenarbeit innerhalb der EU möglich ist, ohne dass diese zerfällt.
293 Unser Ziel bleibt ein Europa, in dem alle zusammenhalten, aber es muss auch die Möglichkeit
294 geben, dass eine Gruppe von Mitgliedstaaten vorangeht, um Blockaden einzelner Bremser zu
295 umgehen. Auch wollen wir keine EU, die in jedem Bereich bis ins Kleinste vorschreibt, was zu
296 tun oder zu lassen ist. Öffentliche Daseinsvorsorge und kommunale Selbstverwaltung müssen
297 weiterhin vor Ort gestaltet werden. Deshalb vertreten wir das Prinzip der Subsidiarität. Da
298 jedoch nahezu alle Lebensbereiche von gemeinsamen europäischen oder internationalen
299 Vereinbarungen geprägt sind, darf Subsidiarität nicht zum Deckmantel des Unwillens werden,
300 mit anderen Ländern in Europa oder der Welt Kompromisse einzugehen.

301 Es ist für uns selbstverständlich, dass wir weiter an unserem gemeinsamen Haus Europa bauen,
302 Schwächen in der Struktur und in der Umsetzung seiner Werte benennen und angehen. Trotz all
303 der enormen Herausforderungen unserer Zeit werden wir nicht vergessen: Europa hat uns die
304 Freiheit geschenkt, gemeinsam und friedlich in unserer Vielfalt zu leben. Das ist für uns
305 Grüne eine historische Errungenschaft und wir wollen, dass das so bleibt.